

WENDBLATT

1. Atom und
Gorleben
DOPPELNUMMER



Nr. 4 juni 1977 1. Jahrgang

erscheint monatlich 1DM

ZEITUNG FÜR LÜCHOW-DANNENBERG



DER RECHTSSTAAT SCHREITET EIN

T H E M E N : --- BRAUNER FRÜHLING - FASCHISTEN AKTIV --- JU IN AKTION --- INTERNES --- ZUKUNFT? ---
--- OFFENER BRIEF AN STOLTENBERG --- GEGEN GEWALT? GEGEN GEWALT! --- PROPORZ IST WENN... --- LESERBRIEFE ---
--- 15 JAHRE WIRTSCHAFTSWUNDER - WAS DANN? --- DIE ARMEN REICHEN --- MENGENRABATT BEI DER BAHN? ---
--- WENDBLATT BEIM GEGENPRESSETREFFEN --- DIE MEINUNGSFREIHEIT WIRD BEERDIGT --- BUBACK UND DIE FOLGEN ---

Brauner Frühling — faschisten aktiv

Am 5. Februar wurde im Uelzer Theater an der Ilmenau das Theaterstück "Sie nannten ihn Leo" aufgeführt, eine Neuinszenierung des faschistischen Stücks "Leo Schlageter". Aufgeführt wurde es von der Theater AG Uelzen, deren Leiter Dr. Blohm ist. Diese Aufführung brachte nicht nur frischen Wind in das sonst provinzielle, spießige Theaterprogramm des Uelzer Kulturkreises, sie brachte auch Bewegung in die Reihen der Uelzer Nazis, die zur Aufführung zahlreich erschienen. Das Stück mußte unterbrochen werden, nachdem diese faule Eier auf die Bühne warfen und die Veranstaltung mit brutaler Gewalt sprengten.

Gorleben Archiv e.V.
Rosenstr. 17 · 29439 Lüchow.
Telefon: 05841/9715845



Zungenkult

Die Uelzer "Allgemeine Zeitung" schlachtete den Vorfall in ihrer bekannten Art aus: sie druckte nicht nur massenhaft Leserbriefe jener Leute, die die Vergangenheit immer noch für Gegenwart halten, sondern fühlte sich auch selbst zu einer Stellungnahme verpflichtet. Bezeichnend ist, daß die AZ, als sich kritische Leserbriefe häuften, diese kürzte und am 1. April die Diskussion vollends abwürgte, nicht ohne zuletzt noch jene Leserbriefe abzdrukken, die den Gipfel faschistischen Schwachsinn bildeten. Am 23.4. sollte das Theaterstück in Lüneburg aufgeführt werden. Da anzunehmen war, daß rechte Gruppierungen hier noch massiver auftreten würden, wurde die Veranstaltung abgesagt. Daraufhin zogen einige der Faschisten zum Haus des Dr. Blohm nach Nettelkamp, wo sie Fensterscheiben einwarfen. Noch in der selben Nacht erhielt Blohm 3 Morddrohungen, wovon sich eine sogar gegen die ganze Theatergruppe richtete. Bis zur Aufführung in Hamburg am 27.4. ließ sich Blohm vorsichtshalber in Hamburg nieder. Dieser Vorfall ist in Uelzen kein Einzelfall. Der bekannte Faschist Röder, von Beruf Rechtsanwalt (im warsten Sinne des Wortes) trat zum Beispiel auch schon in Uelzen im Rahmen einer Veranstaltung der "Deutschen Bürgerinitiative", einer rechtsgerichteten Organisation, auf. Diese Veranstaltung war erstaunlich gut besucht.



Der Rechtsradikalismus blüht, und das nicht nur in Uelzen. In den letzten Jahren haben sich viele faschistische Organisationen in der BRD gebildet: z.B. die Wehrsportgruppe um den bekannten Faschisten Hoffmann, die Wikingjugend, in der Jugendliche militärisch ausgebildet werden, Schlägertrupps, es werden Waffenlager angelegt usw. Diese Gruppen sehen ihre Aufgaben z.B. in folgendem: Da wird ein Jugendzentrum in Frankfurt überfallen, da werden die Mitglieder eines Südafrika-Komitees in Freiburg zusammengeschlagen, da wird beim NPD-Parteitag in Hannover ein Laden des KBW verwüstet und immer wieder Einzelpersonen terrorisiert - und jetzt Walter Blohm in Uelzen.

Ein Aspekt sollte anhand dieses Falls noch hervorgehoben werden, - die Wechselwirkung zwischen konservativer, verfälschter Berichterstattung und den darauffolgenden Aktionen - faschistischer Einzelkämpfer. Auch in Uelzen muß man der AZ eine Teilschuld an den Folgen der Schlageter-Aufführung geben. Die Faschisten planten höchstwahrscheinlich zwar ohnehin den Terror, aber erst die AZ-Berichterstattung muß ihnen das Gefühl

gegeben haben, mit den beschriebenen Gewaltaktionen ein "öffentliches Interesse" vertreten zu haben. ca

JU in Aktion

Es lohnt sich doch immer wieder, die EJZ aufmerksam zu lesen. z.B. konnte man am 19.4. den Artikel "Atommüll nicht einzige Sorge" lesen. Der Kreisvorsitzende der JU, Tarrach, befand, die JU sei im Landkreis auf dem richtigen Weg. Beweis dafür sei, daß sich angeblich weder Jusos noch Judos hier besonders bemerkbar machen könnten. Ich möchte daran erinnern, daß der RPJ (Ring Politischer Jugend) in den Jahren '73-'75 maßgeblich aus den Jusos bestand und das in dieser Zeit wirklich konkrete politische Arbeit geleistet wurde, z.B. maßgebliche Unterstützung beim Aufbau der Initiative Jugendzentrum Lüchow, diverse Veranstaltungen, z.B. Chile-Abend, usw. Die JU bestand damals wohl mehr auf dem Papier als in der Praxis. Wenn jetzt behauptet wird, die Jusos könnten sich hier nicht bemerkbar machen, kann ich nur noch mitleidig lächeln. Das große Wort wird hier von Seiten der JU erst seit Albrechts Wahl zum Ministerpräsidenten geführt.

Der JU erscheint eine Zusammenarbeit mit Jusos und Judos im RPJ wegen der besogniserregenden Entwicklung dieser Organisationen kaum noch möglich. Es müsse die Frage gestellt werden, ob solche Organisationen im RPJ überhaupt noch geduldet werden könnten, da dieser ja vom Landkreis finanziell unterstützt werde.



Daß die JU Jusos und Judos gern in die verfassungsfeindliche Ecke drängen möchte, war klar. Neu ist, daß sie im RPJ die alleinige Entscheidungsgewalt haben möchte. Der RPJ braucht Jusos und Judos dringender denn je! Tarrach wertete die von der Juso AG Dannenberg angekündigte Aktivierung des RPJ als Propagandamanöver. Mir ist dagegen aufgefallen, daß die Dannenberger Jusos eine wirklich bemerkenswerte und gute Arbeit leisten und z.B. ein umfangreiches und gutes Papier zur Kernenergie ausgearbeitet haben. Die JU braucht für solche Aktivitäten folgenden Anlaß: "Obwohl die größtenteils unqualifizierte Leserbriefschlacht kaum noch zu ertragen sei, will sich die JU ihrer politischen Aufgabe nicht entziehen und klar Stellung beziehen" (aus dem Artikel vom 19.4.). Wie edel von der JU. Fragt sich nur, was hier unqualifizierter ist. Als Leserbriefschreiber würde mich eine solche Aussage jedenfalls beleidigen. Hoffen wir auf eine qualifizierte Stellungnahme zur Kernenergie von Seiten der JU. cc

Impressum

Herausgeber: Red. des Wendblatts
verantwortlich: Lutz Conrad
Red. Anschrift: Bellmannsfeld 5
3138 Dannenberg
Konto: 2005262 KSK Lüchow
Auflage: 600
Druck: OFFIZIN, Hannover
Red. Sitzungen: Donnerstags 19UHR
Red. Schluß: in letzter Minute
Mitarbeiter dieser Ausgabe:
Tatjana Kytmanow, Lutz Conrad
Dagmar Freudenthal, Matinar
Siefers, Jobst Quis, Dirk-Hinrich
Müller, Christine Franke, Uli Quis
Jason Bohlmann, Friedhelm Peper,
Christian Quis, Ute Kampmeier,
und viele nette Leute.



WENDBLATT BEIM

GEGEN-
PRESSETREFFEN

2 Leute vom Wendblatt nahmen vom 22.-24.4. am Treffen der Alternativzeitungen in Frankfurt teil. Das sind Zeitungen, die versuchen, auf regionaler Basis eine Gegenöffentlichkeit darzustellen, indem sie über Dinge berichten und sich damit auseinandersetzen, die keinen Eingang in die kommerziellen Organe finden. Kennzeichnend für alle diese Zeitungen ist die nicht kommerzielle Einstellung, d.h. der Verzicht auf jeglichen Gewinn und die Abschaffung hierarchischer Strukturen. Jeder, der an der Zeitung mitarbeitet, kann auch Einfluß darauf nehmen.

Umrahmt von Plenumsveranstaltungen wurde in 10 Arbeitsgruppen über spezielle Probleme diskutiert. Wir Wendblätler nahmen an den AG's "Provinzzeitungen/Selbstverständnis" und "überregionale Seite" teil.

In der ersten AG gab es Auseinandersetzungen über den Anspruch jeder Zeitung. Es klappte ein beinahe abgrundtiefer Spalt zwischen Stadtzeitungen (z.B. Frankfurt, Berlin, München), Szenezeitungen (für bestimmte Gruppen, z.B. Spontis o.ä.) und den wenigen Provinzblättern (wie wir). Man tat sich sehr schwer, die gegenseitigen Mißverständnisse abzubauen.

Die andere AG diskutierte über das Problem der überregionalen Seite. Diese Seite soll den Zusammenhang aller Alternativzeitungen darstellen und jeden Monat über ein anderes Thema erstellt werden, das von einigen Zeitungsgruppen ausgearbeitet wurde. Es gab im Verlauf der letzten 3 Monate, in denen das Projekt lief, jedoch Probleme beim Verständnis der Ausführung des Themas. Die Gefahr, daß das Thema nicht die Interessen von Redaktion und Lesern trifft, sondern nur per Mehrheitsbeschluß "aufgesetzt" ist, ließ das Projekt erst einmal scheitern. Statt dessen gibt es nun ein überregionales Thema, daß jede Zeitung individuell ausarbeitet und dabei den anderen die Information zukommen läßt.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Solidaritätsfond, dessen Einrichtung auf einem der letzten Treffen beschlossen worden ist. Dieser Fond, in den jede Zeitung mindestens 10 DM im Monat einzahlte, ist zur finanziellen Unterstützung einzelner Zeitung im Falle von Beschlagnahme, Prozessen oder sonstiger Repression angelegt worden.

Das nächste Treffen findet vom 9.-11. September in Berlin statt.

Namentlich gekennzeichnete Artikel und Leserbriefe stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.



IM JZ LÜCHOW IST ETWAS LOS!

Es verwundert mich etwas, daß ein ehemaliges Mitglied der IJZ Lüchow eine solch unqualifizierte Meinung über das JZ im jetzigen Zustand hat. Wie kommt Herr Conrad dazu, einen solchen Unsinn von sich zu geben? Er hat recht, wenn er sagt, daß sich einige Leute um den Heimleiter geschart haben. Ich selber gehöre auch dazu, meine Beweggründe sind aber anderer Natur, als Herr Conrad das sehen möchte. Ich, sowie die anderen Mitglieder des Teams wollen helfen, mitgestalten und uns sinnvoll für die Sache betätigen. Ich will der IJZ ihre damaligen Interessen, die wohl in die selbe Richtung liefen, nicht absprechen. Es ist wahr, daß die Stadtverwaltung farbige Wände zuerst abgelehnt hat; nachdem sie aber vor vollendete Tatsachen gestellt war, waren wir, das Team, uns ihrer Zustimmung gewiß. Es sei hierbei bemerkt, daß das Streichen der Wände vom Heimleiter nicht abgeblockt, sondern zu einem nicht geringen Teil mit von ihm durchgeführt wurde.

Es ist eine Zumutung für die Teammitglieder, sich von Herrn Conrad als "richtige Leute" bezeichnen zu lassen, was ja wohl nichts anderes als falsche oder nichtqualifizierte Personen bedeutet. Bevor Herr Conrad seine Meinung über das Team öffentlich verbreitet, sollte er sich an Ort und Stelle erst einmal die tatsächlichen Gegebenheiten ansehen und die Jugendlichen des Teams kennenlernen. Ich persönlich habe ihn höchstens mal auf einer Disco gesehen. Das Jugendzentrum ist eines, darum steht es draußen dran! Ich möchte Herrn Conrad doch einmal bitten, ins Jugendzentrum zu kommen und sich mit mir und anderen Teammitgliedern zu unterhalten. Vielleicht ändert er dann seine völlig falsche Meinung.

Der Artikel in der SPD-Ortsvereinszeitung, der auch von mir stammt, sollte einfach eine Darstellung der jetzigen Zustände im JZ sein, und ich fühle mich nicht verpflichtet, als Rahmenerzählung für eine Berichterstattung eine fragwürdige "Vorgeschichte" zu bringen.

Torsten Schoepe
Lüchow

Lieber Frontkämpfer,
eine bescheidene Anfrage:
"Geht es Ihnen jetzt besser, nachdem Sie sich derart ausgekotzt haben?"

Denn etwas anderes war es doch wohl nicht, was die Redaktion großzügigerweise mit dem Prädikat "Leserbrief" auszeichnete.

Es ist durchaus verständlich, daß, wenn Sie von einer derartigen Demonstration kommen, Gefühle der Wut, des Hasses und der Rachlust mit Ihnen durchgehen. Aber dann sollte man nicht den Fehler begehen in diesem Zustand der Erregung einen Leserbrief zu verfassen, und dabei das, was manche Leute mit Verstand bezeichnen, ausschalten.

Was Sie den Lesern des Wendblattes im Bildzeitungsstil unterjubelten, ist zwar spannend zu lesen, aber Spannung sollte, bei gerade diesem Thema, nicht auf Kosten von logischen Zusammenhängen erzeugt werden. So vermengen Sie die Begriffe "Exekutive, Legislative und Judikative" zu einem sauren Brei, bei dem dann herauskommt, daß Polizisten Frauen das Ab-

treiben ungewollter Kinder verbieten, hinter dem Zaun von bieten hinter dem Zaun in Grohnde stehen und Ihnen die Zähne zeigen.

Zum Anderen stellt sich die Frage, ob Ihre Ansichten bezüglich der Gewaltanwendung und dem damit von Ihnen zitierten Spaß, die Kernkraftgegner unterstützen. Sie erwecken mit Ihrem unseligen Machwerk den Eindruck, die Bürgerinitiativen würden physische Gewalt als sinnvolle Wochenendbeschäftigung zur Durchsetzung Ihrer Interessen ansehen. Mit etwas geänderten Vorzeichen könnte dieser "Leserbrief" durchaus als Artikel im "Landser" erscheinen. Dort würde er wohl kaum auf Kritik stoßen.

Die Aufgabe von KKW-Gegnern scheint uns nicht zu sein, 2,3 oder mehr "Grohnde" zu schaffen, sondern sie abzuschaffen.

Wir müssen uns gegen die Atomlobby wehren aber bitte nicht auf diese Art.

Am Schluß möchten wir der Redaktion nahelegen, sich von dem "Leserbrief" zu distanzieren, denn es ist uns peinlich, in einem Atemzug mit diesen Zeilen genannt zu werden.

Dagmar Freudenthal, Martina Sievers,
Friedhelm Peper



BUBACK UND DIE FOLGEN

Gründonnerstag '77:

Die vorüberstürzende Ruhe wird durch den Anschlag auf Generalbundesanwalt Buback gestört.

Wie zu erwarten, war der Anschlag auf Buback wieder eine willkommene Gelegenheit, Wohnungen zu durchsuchen (d.h. verwüsten), alle möglichen potenziellen "Symphatisanten" zu besuchen und nach ihrem Alibi für die Buback-Tatzeit zu befragen, bei bisher freundlich gesonnenen Nachbarn nach verdächtigen Besuchern nachzufragen, Materialien und Dokumente zu politischen Gefangenen zu beschlagnahmen, vorher genehmigte Veranstaltungen als "Anarchistenversammlungen" zu denunzieren und zu verbieten. Erstmalig wurde in der BRD eine "Alarmfahndung" durchgeführt; d.h. praktisch alle Gefahrenabwehrer der Republik stehen Gewehr bei Fuß und können eingesetzt werden. Das wurde selbst in der "Sportschau" spürbar: der Reporter verkündete, daß jetzt sogar die "Anarchoszene in den Wasserballsport hineinreicht". Bei einem Turnier in Krefeld bekam nämlich ein Nationalwasserballer, der unglücklicherweise auch Polizist ist, für den Wettkampf kein Dienstfrei!



Etwa tausend Leute wurden in der ganzen BRD nach ihrem Alibi für die Buback-Tatzeit befragt. Auf vorgefertigten Fragebögen wurden noch darüber hinausgehende Informationen verlangt. Den Betroffenen wurde nicht mitgeteilt, wessen sie beschuldigt wurden, und das sie zwischen Tür und Angel auch die Aussage verweigern können. In der Presse konnten sie später nachlesen, was es zu vermuten war:

Die Überprüften seien "terroristischer Neigungen verdächtig" (FAZ) und unterlägen einer vorbeugenden, "beobachtenden Fahndung" (Spiegel). Die Klassifizierung dieses Kreises potenzieller Gesinnungstäter geht offensichtlich außerhalb "rechtsstaatlicher" Ermittlungen nur nach Vermutungen, Erkenntnissen und gefährlichen Kontakten. Mit anderen Worten, die schwarzen Listen, die nur hervorgeholt und abgecheckt werden müssen, sind bereits computerfest zusammengestellt. Wie mit den denunzierten Leuten verfahren wird, ist nurmehr eine Frage der politischen Entwicklung.



Um letztere zu verdeutlichen, seien drei Aussagen von Politikern angeführt:

F.J. Strauß: Er nennt die Vorkommnisse in Grohnde am 19.3. und den Anschlag auf Buback in einem Zusammenhang. Ob er seine Forderung nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechts daraus ableitet, bleibt unklar. Weiter fordert er, daß "gefährliche Gegenstände" (Gummibegriff) in Zukunft unter das Waffengesetz fallen sollen.

Außerdem fordert er eine Straferhöhung für Gewaltverbrechen usw. usw.. Zum letztgenannten Punkt meint die Regierung, eine Straferhöhung sei nicht notwendig, es müsse jedoch sichergestellt sein, daß die Strafe auch abgesessen werde. Zur Erinnerung: fast alle NS-Täter kamen vor Ende ihrer Haftzeit frei.

A. Dregger: sinngemäß: Die Saat, die marxistische Lehrer jahrelang ungehindert in Schulen sähen durften, ist aufgegangen.

BK H. Schmidt: Den "Symphatisanten" müsse begreiflich gemacht werden, daß sie Mördern moralischen Beistand leisteten.

Übrigens: "Widerstand gegen die Staatsgewalt" ist schon das Widersetzen gegen eine rechtswidrige Verhaftung bei der Wahrnehmung des Demonstrationsrechts sein (geschehen in Brokdorf und Grohnde). Wenn im Fall Buback wieder einmal die Bevölkerung aufgefordert wird, bei der Ergreifung der Täter mithelfen, frage ich mich: wozu sollen wir Leuten zu einer lebenslangen Haftstrafe verhelfen, die uns nichts getan haben und auch nie tun werden, auch wenn uns das immer wieder eingeredet wird. Oder wurde jemals ein Attentat auf einen Arbeiter verübt?

LC



Gedicht

1. Was soll ich sagen
von einem toten Menschen
der auf der Straße lag
zerfetzt von Schüssen

den ich nicht kannte
und nur wenig zu kennen glaubte
aus einigen seiner Taten
und einigen seiner Worte?

2. Dieses Stück Fleisch
war einmal ein Kind
und spielte

Dieses Stück Fleisch
war einmal
ein Vater voller Liebe

Dieses Stück Fleisch
glaubte Recht zu tun
und tat Unrecht

Dieses Stück Fleisch
war ein Mensch
und wäre wahrscheinlich

ein besserer Mensch
gewesen
in einer besseren Welt

3. Aber genügt das?
Könnte man nicht dasselbe
von anderen Menschen sagen
die eingingen in die Geschichte
befleckt und verurteilt
vom Nachruhm
ihrer Unmenschlichkeit?

4. Was er für Recht hielt
hat Menschen
schaudern gemacht

Was er für Recht hielt
hat dieses Recht
in Verruf gebracht

Seine Nachrufe waren
nur so
wie Nachrufe sind

5. Was er getan hat
im Leben
davon wurde mir kalt ums Herz

Soll mir
nun warm ums Herz werden
durch seinen Tod?

6. Der Abscheu vor ihm
half Herzen
verhärten wie seines
Schon darum
kann ich nicht ja sagen
zu seinem Tod

sein Tod
wird helfen
sein Lebenswerk fortzusetzen

und so verdecken das Unrecht
von dem dieser Mensch
nur ein Teil war

vor dem mir fast so graut
vor dem mir
fast so sehr graut
wie vor seinem Leben

7. Es wäre besser gewesen
so ein Mensch
wäre nicht so gestorben

es wäre besser gewesen
so ein Mensch
hätte nie gelebt

(Aus dem Buch von Erich Fried:
"So kam ich unter die Deutschen"-
Gedichte, erscheint Mai 1977 im
Verlag Association)

† Zum Tod von Staatsmensch B. †

DIE MEINUNGSFREIHEIT WIRD BEERDIGT



Nach der Ermordung von Generalbundesanwalt Buback und seiner Begleiter waren sich die Hersteller der öffentlichen Meinung, Politiker und Zeitungen einig wie sonst nie voller Trauer und Empörung über dies Verbrechen. Dagegen lässt sich an sich auch nichts sagen. Daß Buback ihnen näherstand als andere Opfer politischer Morde und sie sich deshalb auch weit mehr über das Attentat auf ihn aufregten als zB über den Putsch in Chile mit zigtausenden von politischen Morden, will ich ihnen auch noch verzeihen. Für sehr problematisch halte ich jedoch ihre ebenso einheitliche scharfe Reaktion auf einen Artikel, der nicht in diesen Traueresang mit einstimmte. Erschienen ist er in den "Göttinger Nachrichten", der Zeitung des Allgemeinen Studentenausschusses (Asta) der Universität Göttingen. Nach den Reaktionen der Presse und der Politiker zu urteilen, muß der Artikel fast noch schlimmer gewesen sein als das Attentat selbst. Es schien fast wie ein Wettbewerb: "Wer kann sich am besten empören". Alle großen Zeitungen, von der "Welt" bis zur "Frankfurter Rundschau", versuchten, ihre "Rechtsstaatlichkeit" dadurch zu beweisen, daß sie auf den Artikel und den Göttinger Asta draufloschlugen, diffamieren, polemisieren und "Gegenmaßnahmen" fordern. Es wurde geschrieben, er würde öffentlich "Freude über den Abschluß Bubacks" äußern und diese Tat billigen und verherrlichen. Dies ist sehr verkürzt und sinnentstellend. Der Originaltext sieht so aus:

Dies soll nicht unbedingt eine Einschätzung sein oder ein kommentierender Verriss vom Schreibtisch aus, mit päpstlichem Gestus vortragen und als "solidarische Kritik" bezeichnet. Ausgewogenheit, stringente Argumentation, Dialektik und Widerspruch - das ist mir alles piep-egal. Mir ist bei dieser Buback-Geschichte einiges aufgestoßen, diese Rülpsen sollen zu Papier gebracht werden, vielleicht tragen sie ein bißchen zu einer öffentlichen Kontroverse bei.

Meine unmittelbare Reaktion, meine "Betroffenheit" nach dem Abschluß von Buback ist schnell geschildert: ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen. Ich habe diesen Typ oft hetzen hören, ich weiß, was er bei der Verfolgung, Kriminalisierung, Folterung von Linken für eine herausragende Rolle spielte. Wer sich in den letzten Tagen nur ...

Was die öffentlichen Meinungsbildner also fordern, ist, daß man seine Spontanen Gefühle verhehlt, wenn sie dem Staat nicht passen. Nicht nur Taten sollen bestraft werden, sondern auch Meinungen und Gefühle. Verlangt werden Heuchelei und Lippenbekenntnisse.



Im weiteren Verlauf des Artikels wird auch nicht, wie behauptet, die Ermordung gebilligt oder verherrlicht, ganz im Gegenteil. Er schildert, wie sich diese unmittelbare Reaktion durch Überlegungen rasch in ihr Gegenteil wandelte und endet mit der Einsicht, daß Mord und Gewalt kein Mittel zu einer positiven gesellschaftlichen Veränderung sein kann:

Wir brauchen nur die Zeitungen aufzuschlagen und die Tagesmeldungen zu verfolgen: die Strategie der Liquidierung, das ist eine der Strategien der Herrschenden. Warum müßen wir sie kopieren? Die Leute (das Volk!) haben Angst davor, sie haben ihre Erfahrungen damit gemacht, genauso wie mit Einkerkierung und Arbeitslager. Was wir auch tun: es wirft immer ein Licht auf das, was wir anstreben. Wir werden unsere Feinde nicht liquidieren, nicht in Gefängnisse und nicht in Arbeitslager sperren und deswegen gehen wir doch nicht sanft mit ihnen um. Unser Zweck, eine Gesellschaft ohne terror und Gewalt (wenn auch nicht ohne Aggression und Militanz), eine Gesellschaft ohne Zwangsarbeit (wenn auch nicht ohne Plackerei), eine Gesellschaft ohne Justiz, Knast und Anstalten (wenn auch nicht ohne Regeln und Vorschriften oder besser: Empfehlungen) dieser Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel, sondern nur manches. Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: zur Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert werden.

Was durch die Pressekampagne geschaffen wurde, ist ein Klima der Angst und Aggression: Wer sich nicht heftig genug von angeblichen Terror-Sympathisanten distanziert, wird selbst zum Sympathisanten erklärt und damit noch jemand, von dem man sich distanzieren muß. Es ist ähnlich wie im 3. Reich, wo jeder, der nicht auf Juden schimpfte, Judenfreund war und damit genauso schlimm. Wer für Meinungsfreiheit eintritt, wird gleich der Beihilfe zum Terrorismus beschuldigt. So versucht jeder, sich durch Angriffe auf vermeintliche Sympathisanten reinzuwaschen. Bei der "Frankfurter Rundschau" zB., die sonst meist nicht in die Hetze der Springerpresse einstimmt, sind die aggressiven Reaktionen auf den Göttinger Artikel vielleicht erst durch die Angst entstanden, sie haben damit aber auch weitere Angst erzeugt. Angst erzeugt Aggressivität und diese wiederum Angst, und zwar auf beiden Seiten.

Die Massnahmen des Staates, die angeblich den Terrorismus eindämmen sollen, rufen ihn erst in großem Maße hervor. Durch Einschränkungen der Grundrechte und strafrechtlicher Verfolgung von Kritik am Staat, werden immer mehr Leute, die anfangs nur konstruktive Kritik äußern, allmählich in die Ecke gedrängt und zu Verzweiflungstaten getrieben.

Die einzigen Mittel gegen dieses Klima sind Solidarisierung, was ja nicht Identifizierung heißt, und festes Beharren auf dem Recht der freien Meinungsäußerung. Der Asta von Göttingen lehnte es ab, sich von dem Artikel zu distanzieren, da er sich ja nie damit identifiziert hat, es war seit eh und jeh nur die Meinung eines einzelnen. Deshalb droht man dem Asta nun mit Amtsenthebung und Strafverfolgung. Daraufhin solidarisierte sich die Mehrheit der Göttinger Studenten (die ihn auch gewählt hat) mit dem Asta. Am 11. Mai stimmten etwa 3000 von 4000 anwesenden Studenten auf einer Vollversammlung für einen Warnstreik gegen die Einmischung des Staates in



die Selbstverwaltung der Studenten und gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit. Seitdem schweigt der deutsche Blätterwald darüber. Schon 3000 Terroristen allein unter Göttingens Studenten, das würde ihnen doch niemand glauben,

Jobst Quis

Ich abonniere das Wendblatt
ab Nr. ...
zum vierteljährlichen Bezugspreis von DM 3,30
Name:
Vorname:
Wohnort:
Straße:
Unterschrift:
Einsenden an: Wendblatt,
Bellmannsfeld 5, 3138 Dannenberg

Verkaufsstellen

Lüchow: Buchhandlung Wieneke

Danny's Laden

Dannenberg:

Antiker Kaufmannsladen

Jeetzel-Klaus

Landsatz: Penökel

15 Jahre Wirtschaftswunder was dann?

Da die versprochene Atommüllanlage für Gorleben hier weit mehr Besorgnis und Widerstand als Begeisterung ausgelöst hat, versucht Herr Grill nun ständig, uns die Entscheidung seines Ministerpräsidenten schmackhaft zu machen.

Er malt ein düsteres Bild von der Zukunft unseres Landkreises und preist dann den "Entsorgungspark" als Retter, der uns aus dem sem Schlamassel holt und uns zu wirtschaftlicher Blüte und höherer Lebensqualität führt. So spricht er von einer Besorgniserregenden Abwanderung aus unserem Kreis. In Wahrheit sind jedoch in letzter Zeit (1976) mehr Leute hierhergezogen als abgewandert* und das, obwohl es hier noch keine Autobahn und nur wenig Industrie gibt. Sie sind hierhergekommen, weil ihnen die schöne Landschaft, die guterhaltene Natur, die Ruhe und Überschaubarkeit unseres Landkreises mehr wert ist als der höhere Verdienst und die bessere Infrastruktur im Wirtschaftswunderland. Aus demselben Grunde sind viele hiergeblieben oder hierher zurückgekehrt, die woanders viel bessere berufliche Chancen hätten. Es muß jedoch bezweifelt werden, ob diese Leute auch dann hier wohnen bleiben, wenn die Wiederaufbereitungsanlage kommt und den Kreis umkrempelt. Selbst wenn sie der angeblichen Sicherheit der Anlage trauen, werden viele den Kreis verlassen, wenn die Werte, deretwegen sie gekommen und geblieben sind, zerstört werden. So wird der Kreis dann doch nicht zu den erstrebten 50 Einwohnern pro qkm kommen, sondern noch mehr verlieren als gewinnen. Und daß die Landschaft weitestgehend erhalten wird, glaubt ja doch keiner solange noch jemand Vorsitzender im Umweltschutzausschuß ist, dem die ökologische Intaktheit keinen Pfennig wert ist.

Dabei liegt es nicht an der Industrie an sich, daß die Landschaft zerstört wird, sondern an der Größe dieser Anlage und an den Strukturen, die sie mit sich bringt. Viele kleine und mittlere Betriebe könnten leicht gut verteilt in die Landschaft eingefügt werden, aber bei solch einer Riesenanlage ist die Zerstörung der Landschaft und der Kleinstrukturen unvermeidbar.

Klein- und Mittelbetriebe können auch mit weitaus weniger finanziellem Aufwand Arbeitsplätze schaffen; sie brauchen nicht wie die WAA etwa 1 Million DM pro Arbeitsplatz. Daß die WAA den Mittelstand fördern wird, ist auch zu bezweifeln. Man wird doch wohl die Wartung einer so hochkomplizierten Anlage nicht einfachen Handwerkern überlassen. Die WAA wird Groß- und Spezialbetriebe nach sich ziehen, die den jetzigen Mittelstand verdrängen und selbst weniger Arbeitsplätze anbieten.

* s. statistische Monatshefte Nds.

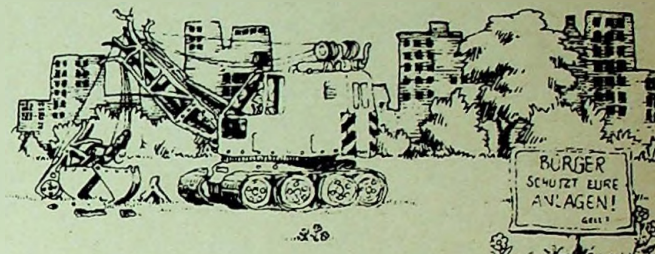
Wie ernst es die Landesregierung mit der Beschaffung von Arbeitsplätzen meint, kann man auch daran sehen, daß sie über 2000 fertig ausgebildete Lehrer nicht einstellt, obwohl die meisten Klassen viel zu groß sind und die Gehälter lächerlich gering sind im Vergleich zu den Summen, mit denen die Atomindustrie unterstützt wird.

Wenn die WAA hier gebaut wird, wird der Kreis von ihr total abhängig werden, da sie die jetzigen Grundlagen des Kreises, die Land- und Forstwirtschaft, stark beeinträchtigt. (Unter anderem durch den enormen Wasserverbrauch und die abgegebene Radioaktivität.) Diese Abhängigkeit ist deshalb so katastrophal, weil die WAA nur eine sehr begrenzte "Lebensdauer" hat. Nach spätestens etwa 15 Jahren ist das Material so radioaktiv und beansprucht, daß das Werk stillgelegt werden muß, wenn man keine noch größere Katastrophe riskieren will. Was wird dann aus

den 3-4000 konjunktursicheren Arbeitsplätzen? Wie läßt sich dann die Abwanderung aufhalten, wenn die Attraktivität unseres Kreises ruiniert ist? Welche Zukunftsperspektiven hat uns Herr Grill dann zu bieten? Ein zurück zum heutigen Zustand gibt es dann nicht mehr; unser Landkreis ist eine verlassene Industrielandschaft geworden, ein weiteres Opfer für den Fortschritt. Unsere Zukunft sieht allerdings nur dann so rosig aus, wenn alles reibungslos und ohne Zwischenfälle verläuft.

Jobst Quis

(Dieser Artikel war als Leserbrief an die Elbe-Jeetzel gedacht wo er leider bis jetzt, 2 Wochen nach Einsendung, immer noch nicht abgedruckt wurde.)



ARBEITSLOSE IM EINSATZ

Demonstranten in Gohndede bemerkten im zweiten Glied der Polizeiketten nicht komplett uniformierte Beamte. Auf die Frage, ob sie Polizisten seien, stellte sich heraus, daß es Arbeitslose waren. Ein Polizeioffizier gab offen zu, daß sie sich die kräftigsten Männer über das Arbeitsamt aussuchen und in einem Schnellkurs vorbereiten würden. Was geschieht, wenn ein Arbeitsloser einen derartigen Job ablehnt? Wird ihm die Unterstützung gestrichen? (nach ID, Nr. 171)

Letzte Meldung:

ANTI-ATOM-Sommercamp in Gartow

Der Bund deutscher Pfadfinder wird vom 16.7 bis 13.8 auf dem Gartower Schützenplatz ein zeltlager organisieren. Volkshochschule nach Wyhler Art, Arbeitsgruppen Urlaub, feste feiern und antiradioaktiv sein. Nähere Informationen bei uns oder beim Bdp/Bdj, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt 90

Die ELBE-JEETZEL-ZEITUNG

weigerte sich, die nachfolgend abgedruckten Anzeigen zu veröffentlichen. Das ist nicht so tragisch, weil das jetzt im Wendblatt geschieht. Siehstewoll!

ICH BIN FÜR DIE EINFÜHRUNG
DES ÖKOLOGISCHEN
PFENNIGS
KURT-DIETER GROLL

ALS STELLVERTRETER BIN
ICH FÜR DAS DING!!!
SOMMERHOFF

BIS 1984 - 25 AKW's?
NEIN!! - NUR 23 AKW's!!!
PEST'L

FERIENHAUS IN
GORLEBEN GESUCHT!!
G. SCHEUCHTEN

Die Redaktion des Wendblatts sucht dringend einen Laden, möglichst mit anschließender Wohnung und vor allem nicht zu teuer. Bitte melden bei der Kontaktanschrift



* Ital. Eiscafé Beltramin *
INH. VIRGILIO BELTRAMIN
Münzstraße 7
3138 DANNENBERG

proporz ist wenn ...

am beispiel ndr

der norddeutsche rundfunk macht auch fernsehen, aber davon will ich gar nicht reden, weil dem fernsehen als hauptsächliches unterhaltungsmedium kaum ein politischer anspruch zusteht.

aber der rundfunk. wirft man im nord-
deutschen raum sein radio an, so ge-
lingt einem neben diversen ddr - pro-
grammen nur der empfang der ndr - pro-
gramme. man findet da alles, was das
herz erfreut, musik, informationen für
junge, alte und die dazwischen, unter-
haltung und politik. und alles schön
ausproportioniert damit allen recht
ist. gerade aber bei der unterhaltung
und der politik kann man es einigen
nicht rechts genug machen.

bevor ich jedoch zum hauptthema dieser wochen komme, nämlich der angeblich un- ausgewogenen berichterstattung zum the- ma kernkraftwerke, noch ein blick auf das unterhaltungsressort.

man könnte meinen, unterhaltung sei so unpolitisch wie überhaupt nur möglich, aber auch dabei wird beim ndr noch flei- Big überwacht, ob es auch wirklich so ist. beispiel dafür soll das vormittags- magazin sein, das im zweiten programm des ndr als "ndr 2 von 9 bis halb 1" läuft.

bereits in den vergangenen jahren gab es dort einige fälle von zurechtweisungen:

moderatin.monika jetter wurde für drei tage vom dienst suspendiert, weil sie einen spendenauf Ruf für politisch verfolgte in chile verlesen hatte. mit ihr beurlaubt wurde der zuständige sendeleiter für diese sendung.

moderator wolfgang hahn wurde für 14
tage vom dienst suspendiert, nachdem
er in einer morgendlichen unterhal-
tungssendung lied und gedicht (von R
erich kästner und helmut qualtinger) zum
§ 218 sendete.

moderatin sybille weidemann wurde ge-
rügt, nachdem sie in einem morgendli-
chen interview schleswig-holsteins mi-
nisterpräsidenten mit den folgenden
worten begrüßte: "guten morgen herr stol-
tenberg, sind sie schon trocker hinter
den ohren?"

inzwischen wurden die regeln für die er-
stellung des magazins"ndr 2 von neun
bis halb 1" weiter verschärft.

nachdem politische liedermacher wie
franz josef degenhardt, dieter süverkrüp
und andere aus dem programm verschwun-
den waren (schon vor jahren), gab es vor
zwei jahren eine phase, in der sich die
redebeiträge im magazin nur auf titel-
ansagen und ähnliches beziehen durften.
inzwischen ist das zwar aufgehoben, es
existieren aber genaue regeln zur erstel-
lung des programms:

-um den musikgeschmack des publikums zu treffen,muß das programm sich je zur hälfte aus deutsch und ausländisch gesungenen titeln zusammensetzen(oder instrumental...)

-wortbeiträge müssen vor der sendung
mit dem verantwortlichen redakteur
abgestimmt sein.andere sind nicht
zulässig.

-die moderatoren dürfen keine eigenverantwortlichen magazinbeiträge mehr liefern (grund war dafür ein beitrag von sybille wahnschaffe (das ist die gleiche wie oben, bloß verheiratet) über eine brokdorf ausstellung in der galerie "schrecke" in hamburg (zitat aus dem beitrag "bildunterschrift eines schülers auf einem bild zu brokdorf: 'wer jetzt noch an den rechtsstaat glaubt, dem hat man das gehirn geklaut.'"))

24 stunden später (am 9. februar) wurden die moderatoren von programmator jäger wieder zu ansagern degradiert.

anders ist die situation (noch) bei den politischen magazinen. soweit ich das durchblicke, ist dort der "redakteur am mikrofon" selbst für seine sendung verantwortlich. das wirkt sich insbesondere sehr erfrischend auf sendungen wie den "kurier am morgen" und den "kurier am mittag" aus. selbst jemand, der den 'bürgerlichen' medien skeptisch gegenüber steht, findet dort noch viele meinungen und informationen, die noch nicht gebügelt und für den freiheitlich demokratischen rechtsrundfunk aufbereitet sind.

in den letzten tagen hat sich nun eine diskussion um die brokdorf - berichterstattung im ndr entzündet. im verwaltungsrat des ndr, dem höchsten gremium des senders wurde

- 1) beschlossen, das die brokdorf be-
richterstattung tendenziös war
- und
- 2) die fernsehsendung "der betriebsrat"
abgesetzt.

zum ersten punkt: von anfang an war der ndr bei auseinandersetzungen um kernkraftwerke dabei. ich habe selbst gesehen, wie in brokdorf am 13.11. der übertragungswagen des ndr in den schatten eines bauernhauses gefahren werden mußte, um den tränengasnebeln zu entgehen, die eine arbeit unmöglich zu machen schienen. im sender wurden die übertragungen aus brokdorf (und grohnde) stets verquickt mit stellungnahmen von politikern und anderen. der tenor der sendungen war der, daß die probleme der kerrenergie auf keinen fall so gehandhabt werden dürfen, wie dies zur zeit gemacht wird.

doch dann schlug der staat zu. die landesregierung von schleswig holstein beanspruchte vor der itzhoe- und wilsterdemonstration vom 19.2. sendezeit für eine regierungsamtliche durchsage, in der vor chaoten gewarnt und die rechtslage aus der sicht der landesregierung noch einmal klargestellt wurde.

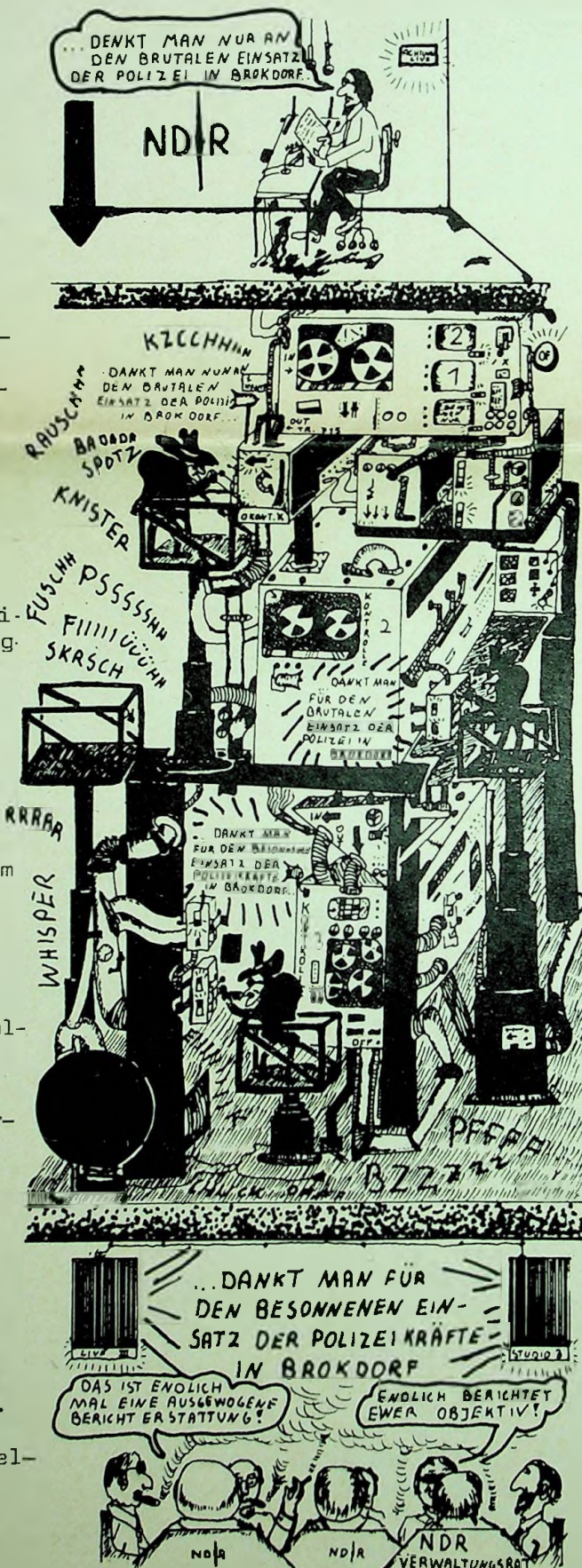
in der tat gibt es einen passus, der der landesregierung sendezeit einräumt und zwar "streng getrennt von den unabhängigen und objektiven nachrichtensen-
dungen".

allerdings weniger zur beurteilung von demonstrationen, sondern eigentlich mehr, wenn es um katastrophen geht (flut, feuer o.ä.). sagesehen liegt ein vertragsbruch von seiten der landesregierung vor.

aber auch das hat seine tieferen Ursachen. Innenminister Titzeck, verantwortlich für den Polizeieinsatz in Brokdorf ist gleichzeitig Mitglied und damals Vorsitzender des Ndr - Verwaltungsrates. Ist nun klar wie's läuft?

gleichzeitig mit den angriffen der cdu
auf den sender, schoß sich auch die
springerpresse auf ihn ein. mit sprüchen,
von der revolutionären stimme des ndr,
sorgt sie hand in hand mit der cdu da-
für, daß meinungsmache im sinne bestimm-
ter politischer denkarten erfolgt!

nun hat die cdu es auch noch amtlich gemacht. vor der sitzung des ndr-verwaltungsrates vom 19.4.77 legte sie ein papier vor, in dem die tendenz der berichterstattung zu brokdorf belegt wird. von 100 sendungen seien 67 negativ, 17 neutral und 16 positiv gewesen. (schon zuvor wurde von den redakteuren selbstzensur gefordert, in dem sie alle gesendeten berichte vorlegen sollten, um diese beurteilen zu lassen. die ndr-redakteurskonferenz verwahrte sich gegen solche praktiken).



HAT UNSER LANDKREIS NOCH ZUKUNFT ?

Am 15. April veranstaltete der Kreisverband der AUD unter diesem Motto einen Diskussionsabend, über den ich hier einiges berichten will. Der Hauptpunkt der Veranstaltung war ein Vortrag von Herrn Gerd Kragh zum Thema: "Leben in überschaubaren Strukturen", es folgte eine breite Diskussion. Ich will aber nicht den Verlauf der Veranstaltung schildern, sondern frei einige wichtige Punkte daraus wiedergeben.

ÖKOLOGIE UND ÖKONOMIE

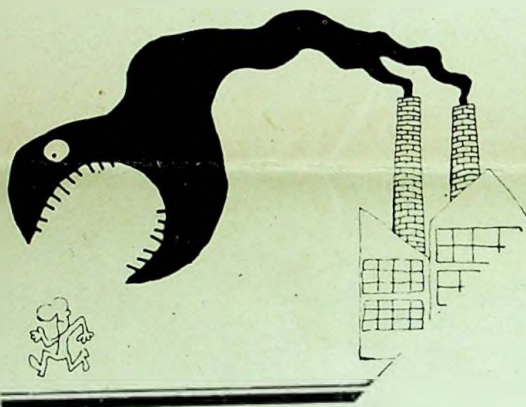
Unser Landkreis bietet durch seine vielfältige Landschaft und sein günstiges Klima einer sehr großen Anzahl von Tier- und Pflanzenarten Lebensraum, den sie woanders nicht mehr finden können. Von den Lebewesen, die vom Aussterben bedroht sind, lebt ein sehr großer Teil in unserem Gebiet, besonders im Osten, wo der Atomüll hin soll. Unser Kreis ist also ökologisch besonders wertvoll, seine Erhaltung ist deshalb nicht nur im Interesse seiner Bewohner oder Deutschlands wichtig, sondern hat auch internationale Bedeutung. Wenn das ökologische Gutachten ernstgenommen werden wird, hat die WAA kaum Chancen, da es wahrscheinlich negativ für sie ausfallen wird. Es ist aber zu befürchten, daß man es ignoriert, weil zu starke wirtschaftliche Interessen hinter der WAA stehen. Es sind ja gerade die mächtigen Leute, deren einziger Maßstab das Geld ist und die für ökologische Intaktheit keinen Pfennig geben. Bei der Waa geht es aber nicht um Pfennige, sondern um Milliardenbeträge (DM!)

WIRTSCHAFTLICHE FÖRDERUNG

Eines der Hauptargumente der Landesregierung für die WAA in Gorleben ist die Behebung der "Strukturschwäche" unseres Kreises. Mit "Strukturschwäche" ist gemeint, das Verkehrslinien (Autobahnen, Bahnlinien) und andere Einrichtungen fehlen. Sie soll schuld sein, daß der Kreis so arm ist. Wirtschaftlichen Wohlstand können sich viele nur mit Großindustrie vorstellen, und für Großindustrie ist unser Kreis im Moment wirklich nicht geeignet. Unser Kreis hat eine kleinstrukturen, in der sich mittelständische Betriebe am besten entwickeln können. Die WAA würde eine Großstruktur mit sich bringen. Sie würde jedoch mit der Erhaltung der ökologischen Werte nicht vereinbar sein. Müssen wir dann auf Wohlstand verzichten? Nein. Herr Kragh wies auf einige Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Förderung des Landkreises hin. Bis jetzt ist es so, das die Produkte der Land- und Forstwirtschaft unverarbeitet, also in der billigsten Form, aus dem Landkreis gehen und in der teuersten Form, den Endprodukten wieder herein kommen. Durch die Verarbeitung dieser Sachen innerhalb des Kreises würden Arbeitsplätze geschaffen und das Geld würde drinnen bleiben. Außerdem wäre viel Ver-

kehr überflüssig. Die Tätigkeiten bei der Verarbeitung sind relativ einfach, deshalb sind sie für kleine Betriebe geeignet. Es müssen keine Firmen angelockt werden, möglich sind auch Erweiterungen, Umstellungen und Neugründungen von einheimischen Firmen. Erforderlich ist nur ein wenig unternehmerische Initiative.

Noch weiter ausbaufähig ist auch das Kunsthandwerk im Kreis. Die Schönheit unserer Landschaft hat sehr viele Künstler hierhergelockt, so daß hier eine Art kulturelles Zentrum im Entstehen ist. Auch das wird eine positive Auswirkung auf die Entwicklung des Kreises haben. Daneben gibt es noch viele andere Möglichkeiten der Förderung, ohne die Umwelt zu zerstören, allerdings nur, wenn die WAA nicht gebaut wird. Wenn die überschaubaren Kleinstrukturen ausgebaut werden, anstatt wie sonst überall von Großstrukturen verdrängt zu werden, könnte unser Landkreis ein Modell werden. Ein Modell für harmonisches Zusammenwirken von Mensch und Natur, von Ökologie und Ökonomie. Wenn anderswo die Umweltzerstörung so weiter



geht wie bisher, wird dies Modell umso wichtiger sein.

LAND(WIRT)SCHAFT

Die Landwirtschaft ist der wichtigste Wirtschaftszweig bei uns. Deshalb hat die Landwirtschaftspolitik hier große Auswirkungen. Die jetzige Politik zwingt die Bauern dazu, sich an industriellen Maßstäben zu orientieren. Gefördert werden große und einseitige Betriebe, die niedrigen Agrarpreise zwingen die Kleinbauern zur Aufgabe. Das hat auch Auswirkungen auf die Landschaft und die Umwelt. Die Äcker mit gleichen Bepflanzungen werden immer größer, das begünstigt die Vermehrung von Schädlingen, gegen die dann Gift gespritzt wird. Um hohe Erträge zu erzielen, wird Kunstdünger eingesetzt, der die Qualität vermindert und die Pflanzen anfällig für Krankheiten und Schädlinge macht. Um auch sumpfige Wiesen benutzen zu können, werden Entwässerungskanäle gebaut, die den Grundwasserspiegel senken, so daß in trockenen Jahren die Felder bewässert werden müssen. Die Bauern werden dadurch immer mehr von der Industrie und ihren Produkten abhängig. Damit die Bauern nicht weiterhin gezwungen

werden, die Umwelt zu gefährden, fordert Herr Kragh ein anderes System der Landwirtschaftsförderung. Die Betriebe sollen nach der Art der Böden und der Bewirtschaftung gefördert werden. Betriebe mit kleinen ertragsarmen und schwerbearbeitbaren Flächen sollen am meisten unterstützt werden, die mit großen ertragreichen Flächen überhaupt nicht. Statt der energieverbrauchenden Kunstdüngung sollte die arbeitsintensivere Düngung mit natürlichen Stoffen gefördert werden. Bauern die landchaftspflegerische Aufgaben übernehmen, sollten dafür auch bezahlt werden.

UNMITTELBARE DEMOKRATIE

Ein weiteres Diskussionsthema dieses Abends war die Gebiets- und Verwaltungsreform. Man war sich bald darüber einig, daß die vollzogene Gemeindereform weit mehr Nachteile als Vorteile gebracht hat. Die Kosten der Verwaltung sind auch nicht gefallen, wie man versprochen, sondern angestiegen. Von der Kreisreform ist ähnliches zu befürchten. Die Reform hat den Bürger von seiner Gemeinde getrennt und die Verwaltung von den Objekten der Verwaltung. Die Verantwortlichkeit der Gemeindeglieder und ihre Möglichkeit zur Einflußnahme wurde aufgehoben. Deshalb wurde als Korrektur der Gemeindereform eine Ortsschaftsverfassung gefordert, die den Einwohnern einer Ortschaft oder eines Stadtteils die Möglichkeit gibt, an Entscheidungen, die sie betreffen mitzuwirken.

Die Ergebnisse dieses Abends wird der AUD-Kreisverband als Grundlage zur Erarbeitung einer alternativen Kreis- und Kommunalpolitik verwenden. *Jobst Alois*



Dunny's Laden
Schmuck, Ledersachen, Macramé, Comics
& Kleidung

Gediegene Geschenkartikel

in Lüchow
Drawehner Strasse 4

BUCHTIP

Anna Dorothea Brockmann

LANDLEBEN - Ein Lesebuch von Land und Leuten - Argumente und Reportagen. RoRoRo Sachbuch 7064 Dm1Q80

Viele verschiedenartige Beiträge. U.a. Bericht über den Widerstand gegen WAA in Aschendorf-Hümmling. sonstige Bürgerinitiativen auf dem Lande, Landwirtschaftliche Probleme, ländliche Kultur, usw. Gut zur Bildung eines ländlichen Selbstbewußtseins. Sehr aktuell.

jq



OFFENER BRIEF AN

STOLTENBERG



Es war an einem Montag. Wir waren unterwegs um uns ein wenig die Gegend anzusehen und kamen dabei auch an einen Aussichtsturm der Elbe. Gerade als wir den Aussichtsturm besteigen wollten, wurden wir von einer älteren Dame mit den Worten "Ich beglücke Euch als Mitstreiter" empfangen. Wir sahen uns erst einmal vorsichtig um, um sicher zu gehen, daß wir gemeint waren, und nicht vielleicht jemand der hinter uns stand. Aber die alte Dame kam auch schon lächelnd auf uns zu, und erklärte uns, daß sie uns gleich als Mitstreiter erkannt hätte, und zwar an einer Plakette die einer von uns an seiner Jacke befestigt hatte, und auf der stand: Atomkraft, nein Danke. Diese alte Dame war also auch eine Atomkraft Gegnerin, und was für eine. Im Laufe eines Gesprächs stellte sich heraus, daß sie so einiges für unsere gemeinsame Sache tut. So schrieb sie zum Beispiel einen offenen Brief an den guten Herrn Stoltenberg. Sie versucht diesen offenen Brief in mehreren Tageszeitungen zu veröffentlichen, bekam ihn aber jedes mal mit der Begründung zurück, daß dieser Brief wohl etwas zu scharf formuliert sei und es unmöglich wäre ihn zu veröffentlichen. Und das, finden wir, ist ja wohl wirklich eine Sauerei. Also beschlossen wir ihn wenigstens im Wendblatt zu veröffentlichen, und hier ist er nun:



OFFENER BRIEF

An den
Ministerpräsidenten des
Landes Schleswig-Holstein

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Besten Dank für Ihre Grüße, die mir Ihr persönlicher Referent mit einer Brief- und Schriftensendung vom 4.2. übermittelte. Das verschwommene Fremdwort "Emotionen" darin, übersetze ich aus Brokdorfer Sicht mit "Volkszorn".

Umsomehr begrüße ich Ihre kürzlich betonte Bereitschaft zu gegenseitiger Unterrichtung und gemeinsamen Beachten unabhängiger Wissenschaftler. Ihre Bürger sind lernerfrisch und, was weit wichtiger ist, fähig zu einer der Schöpfung verpflichtenden Gesamtschau vom krebserzeugenden Uranbergbau bis zur unlösbaren Endlösung. Um eine solche Gesamtschau bemühte sich noch nie die "nukleare Mafia", "Leute, die.... die Kernenergie als den einzigen 'Ausweg' aus der Energiekrise bezeichnen". (Aurelio Peccei, Club of Rome. Nach Jürgen Dahl "Auf Gedeih und Verderb. Kommt Zeit kommt Unrat. S. 30)

Manche Atomphysiker, die deutlich für die Nutzung der Kernspaltung eintreten, nehmen die unausweichlichen erblichen Gesundheitsschäden, bewirkt durch strahlengestörtes Keimplasma, bewußt in Kauf. Prof. Pascual Jordan, ein Befürworter, sieht die Frage so:

"Die Erzeugung von Mutationen durch Strahlung dürfte kaum zu unterbinden sein. Soweit es sich um Mutationen in Körperzellen handelt, ist freilich die Gefahr sehr vermindert, sobald,

(man lese genau H.S.)

sobald es Methoden gib, krebserzeugende Zellen abzutöten oder jedenfalls an der Geschwulstbildung zu hindern. Bei den Keimzellen jedoch wird die Sachlage ernster, zumal hier auch geringfügige Mutationen von verhängnisvoller zeitlicher Fernwirkung sein können."

(E. Gaul, Atomenergie ro-ro-ro- aktuell 1773)

Zeitliche Fernwirkung! Also verhängnisvoll für Reihen von Kommenden! Das ist für P. Jordan kein Anlaß zu ernster Sorge. Sicher hat er nie einen Krebskranken langsam und qualvoll dahinsiechen sehen, nie eine Mutter beobachtet, die wehen Herzens mit unendlicher Mühe ein geschädigtes Kind aufzog. Haben wir solchen Leides nicht schon viel zu viel? Aber Sie, Herr Ministerpräsident, wollen dieses Leid noch vermehrend durch Ihr Eintreten für die Kernspaltwerke in Brokdorf und anderswo! Wo fehlt es bei Ihnen?

Noch deutlicher wird ein anderer Befürworter der Kernspaltung, Prof. E.R. Carling:

"Überdies ist es begreiflich, daß in einer Welt, die in eine Zukunft blickt, in der Bevölkerungszuwachs ihre Ernährungsgrundlage sprengt, die verminderte Fruchtbarkeit und die Verkürzung der Lebensdauer nicht allzu sehr beklagt werden wird. Insofern ein Sinken des allgemeinen Intelligenziveaus eintritt, ist diese Erwartung bedrückend. Doch steht zu hoffen, daß es auch dann noch Neuzüchtungen von äußerst hoher Intelligenz geben wird, diegenügen, das Massenniveau zu durchdringen." (Fr. Wagner, "Die Wissenschaft und die gefährdete Welt". S. 311.)

Carling hofft auf eine Mutation höchster Intelligenz, die nach seiner Meinung 99 Erbentartungen zu Schwachsinnigen auszuwählen könne.

Carling steht nicht allein. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Erbschädigung des Menschen durch künstliche Radioaktivität werden Übermenschen als "Züchtungsproblem" u. a. von dem Genetiker Prof. Joshua Lederberg vertreten. (Nach Ewald Gaul, S. 16)

Der Begründer der Strahlenerblehre, H. J. Muller, hat schon chronische Strahlendosen geringer Höhe als gefährlich bezeichnet. Das alles wollen Sie, Herr Dr. Stoltenberg, gutheißen? Beschleunigen? Mitverantworten? Solange bei der amtlichen Aufklärung Hinweise auf die drohende Erbentartung und auf andere Gefahren einfach unterschlagen werden, liegt die Einstufung als Volksbetrug nahe.

Da Sie als Ministerpräsident vermutlich wenig Zeit dafür hergeben können, schreibe ich Ihnen gleich die Halbwertszeiten einiger

Aus der Kernkraftforschung: Fluch und Segen



von der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) abgegebenen Elemente und der entsprechenden Anreicherungsorgane auf. (nach "Atomüll oder der Abschied von einem teuren Traum. ro-ro-ro aktuell 4117, S. 28 u. 40)

Jod 131	8,04 Tage	Anreicherung in der Schild-drüse
Jod 129	15 700 000 Jahre	

Yttrium wandert in die Keimdrüsen ("zeitliche Fernwirkung"!!)



Krypton 85: 10,76 Jahre gelangt mit der Atemluft in die Lunge, mit dem Blut in alle Bereiche des Körpers.

Strontium 90 28,5 Jahre, speichert sich in den Knochen.

Strontium und Cäsium sind bereits in der Kuhmilch festgestellt worden und werden daher besonders Kindern gefährlich.

Das allerschlimmste Element ist das hochgiftige Plutonium 239 mit seiner Halbwertszeit von 24 400 Jahren. Wenn 813 (achthundertdreizehn) künftige Generationen sicher Wache gehalten haben, ist erst die Hälfte abgestrahlt. Nach rückwärts gerechnet reicht dieser Zeitraum bis in die letzte Eiszeit. Seit Sokrates sind nur etwa 80 Generationen dahingegangen.

"Zehn Halbwertszeiten sind nötig, bis das Plutonium ungefährlich geworden ist, also 240 000 Jahre. Eine unvorstellbare Zeit. 240 000 Jahre vor uns war die Erde noch von den Neandertalern bewohnt" (Dr. H. Gruhl im Bundestag 22.1.76)

Die Erklärung Ihres Parteigenossen zur Kernenergiegedebatte empfehle ich Ihrer ganz besonderen Beobachtung, Herr r. Stoltenberg, besonders die Begründung des Satzes: "Das gesamte Energieprogramm kann ohne Schaden eingestellt werden."

"Kernenergie ist nur dann ungefährlich, wenn eine Anzahl von Sicherheitsmaßnahmen tadellos funktioniert." So der schwedische Physiker Hannes Alfvén. Fischer Taschenbuch "Kernenergie offen bilanziert." (Nr. 1785, S. 124) Denn die künftige Energiequelle bestimmt auch unseren Freiheitsraum. Bietet der Fall Dr. Klaus Traube einen Vorgeschmack? Oder das Unwesen Ihrer berittenen Polizei auf den Elbwiesen von Brokdorf?

Arbeitsplätze, mehr als alles andere und dabei die Zukunft sichernd, bringen die Versuche "Energiesparende Technologie nutzbar zu machen und neue Energiequellen zu erschließen." (Erhard Eppler, "Ende oder Wende", stv 1221, S. 109)

Vielleicht sind wir durch solche Versuche noch zu retten. Der Irrweg zu falschem Wachstum und Kernspaltwerken erklärt sich z.T. aus dem Reinfall auf die Sirenenklänge der Atom-Lobby und "aus unserem eigenen Mangel an Sinn für geistige Verantwortung, aus unserer eigenen Stumpfheit des Denkens und aus der Trägheit unserer eigenen Herzen." (Georg Picht, Die Verantwortung des Geistes. 1965)

Nehmen Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, diese Worte als ernststen Aufruf!

Als beunruhigte Bürgerin grüßt

Hedwig Seismann



Gegengewalt? gegen Gewalt!

ZUR GEWALTDISKUSSION IN DER ANTI-KKW-BEWEGUNG

Die Widerstandsbewegung gegen die "friedliche Nutzung" der Atomenergie hat sich in den letzten Monaten zu einer Massenbewegung entwickelt, die sich nur noch mit den großen außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen in der BRD gegen die Remilitarisierung, die Atomwaffen oder die Notstandsgesetze vergleichen läßt. Die Frage ob sie nach einigen Jahren ebenso scheitern wird (von Teilerfolgen einmal abgesehen) oder ob sie sich durchsetzen kann, hängt meines Erachtens entscheidend davon ab, wie sich die Bewegung in der Gewaltfrage verhält, welche Formen der Auseinandersetzung und des Widerstandes sich durchsetzen. Von einer Bewegung in dem Sinne, daß nicht mehr nur einzelne Personen oder Bürgerinitiativen verbale Proteste äußern, sondern daß große Teile der Bevölkerung zu aktivem Widerstand bereit sind kann man wohl spätestens seit der Bauplatzbesetzung in Wyhl sprechen. Auf der Basis mehr oder weniger konsequenter Gewaltfreiheit haben die Atomkraftgegner aller Richtungen zur Kampfform der "direkten Aktion" gefunden. Elsässer und Badener besetzten gemeinsam den Bauplatz einer Bleifabrik in Markolsheim (Elsaß), Kaiserstühler und Elsässer besetzten den AKW Bauplatz in Wyhl, Bürger der Umgebung besetzten gemeinsam den Bauplatz in Kaiseraugst, Holländische AKW Gegner verweigern massenhaft die 3% ige Kalkar Steuer, mit der der Bau des schnellen Brütters in Kalkar gefördert wird französische AKW Gegner verweigern 15% ihrer Stromrechnungen, AKW Gegner Stehlen die geheimen Katastrophenschutzpläne mehrerer Atomkraftwerke und veröffentlichen sie....

Diese Aufzählung könnte noch um einiges erweitert werden. Gemeinsam ist diesen direkten Aktionen,



daß sie den Gegnern möglichst wenig Angriffsfläche bieten, daß effektive Gegenmaßnahmen des Staates, wie etwa gewaltsame Räumung eines besetzten Bauplatzes durch die Polizei, dem Staat die Legitimation rauben. Dazu gehört auch, daß es Dritten deutlich wird, wer im Recht ist, wer lügt und von wem die Gewalt aus geht. Aktionen von Wyhl bis Brokdorf 1 (30. 10.76) waren gerade deshalb so er

folgreich, haben gerade deshalb eine so breite Mobilisierungswelle ausgelöst, weil sie durch ihren gewaltfreien Charakter deutlich und für jedermann sichtbar gezeigt haben, daß die Gewalt vom Staat, von den Betreibern ausgeht und nicht von den Demonstranten. Das Tränengas, daß dem Fernsehreporter den Atem nahm und nicht die Steine oder auch nur die Helme der Demonstranten führte die breite Solidarisierung bei Brokdorf herbei

Stoltenbergs massiver Polizeieinsatz am 30.10.76 hatte leider noch eine andere Auswirkung, die der Anti AKW Bewegung zum Verhängnis werden kann, er hat nämlich den Willen zur Gewaltlosigkeit entscheidend geschwächt. Vor allem die organisierte Linke, selbst erst kurze Zeit in der Bewegung aktiv, predigt seit dem brutalen Polizeieinsatz die Gegengewalt von Seiten der Demonstranten und füh-



rt eine offene Diffamierungskampagne gegen alle Gegner der Gewaltanwendung. Die einzelnen Gruppen streiten sich zwar noch über die Taktik der Gegengewalt (wann man die Polizei angreifen oder wann man besser zurückweichen soll), aber sie sind sich darüber einig, daß man auf Gewalt des Staates mit Gegengewalt reagieren muß.

Die Angleichung von Teilen der Bewegung an die Polizeimaschinerie ist inzwischen bereits erschreckend. Was am 19.3. manchen militanten AKW Gegner noch von einem Polizisten unterschied war oft nur noch die Einheitlichkeit der Uniform bei der Polizei und das die "Eroberungsmaschinerie" der militanten nicht ganz so perfekt und flexibel war wie die Verteidigungsmaschinerie der Polizei (Das wird sie wohl auf Dauer auch nie sein können.)

Gleichzeitig erleben wir ein massives demagogisches Manöver von Seiten unserer "kommunistischen Genossen", daß die KKW-Gegner in "Gute" und "Konsequente" und "von

der bürgerlichen Presse beeinflusste Schlechte" einteilt. Da wird eine höchst Zweifelhafte politische Einschätzung auf eine scheinbar "moralische Ebene" übertragen und zu ehrenhaftem Heldentum aufgerufen:



"konsequent sein" heißt da unter Umständen auch sein eigenes Leben einsetzen-mit fragwürdigen Erfolgsaussichten. Wer sich das Recht nimmt, in Kauf zu nehmen, daß-durch sein Handeln ausgelöst-für eine Lebensfeindliche Politik und den Schutz der Profite der Elektroindustrie Menschen verletzt und getötet werden, der sabotiert unsere Ziele; dahinter stehen naive, aber höchst gefährliche Vorstellungen, die dem Heldentum verschrieben sind: "für die gerechte Sache im gerechten Kampf tapfer fallen!"

Wollen wir solche gefährliche Entwicklung in der Anti-AKW Bewegung hinnehmen und das, was uns von den Herrschenden unterscheiden könnte, leichtfertig aufgeben: Offenheit, Gewaltfreiheit, dezentrale Autonomie, Fantasie...? Wenn die Ziele feststehen ist die Wahl der Mittel nicht mehr beliebig. Solange die Bewegung verhindern kann, daß sie einen Teil ihres Bewußtseins und ihrer Kampfmethoden aus den Händen der mit Polizei und Atomkraftwerken mordenden Machthabern empfängt, ist der Kampf noch nicht verloren.

Versteht mich bitte nicht falsch, ich will hier weder in die Chaoten-Kommunisten-Terroristen-Hetze a' la Bild einstimmen, noch den "Linken" ihren guten Willen im Kampf um die Kernenergie absprechen oder ähnliches. Ich meine aber, daß die meisten Leute, die zur Gegengewalt aufrufen, sich weder darüber im Klaren sind, welche Verantwortung sie bei dieser Entscheidung auf sich nehmen, noch sich die Mühe gemacht haben, die Erfolgsaussichten gewaltfreier Aktionen einerseits und der paramilitarischen Gegengewalt andererseits zu vergleichen. Ist es der alte Traum (oder sollte man sagen Trauma) von unvermeidlichem Klassenkampf, der hier so blind macht?

Unsere Stärke liegt nicht in unserer Bewaffnung, sondern in unserer großen Zahl, und vor allen Dingen in unserer Möglichkeit, das militärische Kalkül des Staatsapparates zu unterlaufen. Wir sollten also unseren Phantasieapparat mal wieder in Gang setzen, um uns andere Möglichkeiten der Auseinandersetzung einfallen zu lassen, als eine Bauplatzbesetzung um jeden Preis. In Gorleben z.B. wären Straßenblockaden für Baugeräte zu erwägen und es wäre darauf zu achten, daß wir möglichst früh, also vor Beginn der Bauarbeiten, uns auf dem Platz eingerichtet haben. Auch der Bau eines Freundschaftshauses ist wichtig und sollte nicht wegen der Baugenehmigung aufgegeben werden.

Ulrich Quis

Kleinanzeige

Wer vermietet
uns (4 junge Leute)
eine wunder-
schöne
4-Zimmer-Wg
in Lückow oder
Umgebung?
Tel: (05841) 736

SUPERHEISSER 'Rock

LP's

DEEP PURPLE in Rock	nur	15,-
CHICAGO X	nur	13,50
BEATLES "Hollywood Live"	nur	15,-
SANTANA "Greatest Hits"	nur	13,50
PINK FLOYD u.a.	nur	15,70



ELEKTROH. KRÜNKELFELD, Dbb

Termine

Filmclub Göhrde

- 24. Mai "Harold and Maude"
- 31. Mai "Misfits - nicht gesellschaftsfähig"
- 7. Juni "Stones in the park"
- 14. Juni "Lacombe lucien"

- sommerpause -

Provisorisches Jugendzentrum Uelzen
Bohldamm, Baracke 14b4. Juni 20.00 UHR "BELGRAM"
Eintritt 1 DM

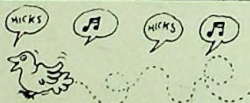
4. Juni Flohmarkt in Uelzen

29. Mai Aktionstag in Gorleben auf
dem Bauplatz der WAA2., 9., 16., 23. u. 30. Juni
Redaktionssitzungen um 19.00 Uhr
in Dannenberg, Bellmannsfeld 5

PARDON,

Lieber Leser, wie sie sicher bemerkt haben, kostet das Wendblatt jetzt 1 DM. Das hat folgende Gründe: erstens ist die vorliegende Ausgabe eine Doppelnummer und hat 12 Seiten und zweitens würden wir bei einem Verkaufspreis von wie bisher 50 Pf einen Verlust von mehreren hundert Mark in Kauf nehmen müssen. Einen Verlust haben wir auch schon bei der letzten Nummer gehabt, aber der hielt sich in gerade noch erträglichen Grenzen. Bei einer Verteilung der Druckkosten auf die 400 St. der letzten Ausgabe, die 10 Seiten stark war, hätte eine Zeitung über eine Mark kosten müssen. Dieses Mal haben wir 600 St. Auflage. Wenn wir wirklich kostendeckend arbeiten wollten, müßten wir die Auflage auf über 1000 St. steigern. Da wir das aber kaum erreichen werden, müssen wir eben leider 1 DM für's Exemplar nehmen und zusätzlich Anzeigen, was wir eigentlich nicht so gern wollten von wegen der finanziellen Unabhängigkeit. Was soll's, es ist eben nicht einfach, ein solches Projekt zu finanzieren. Wir haben uns dafür aber auch angestrengt, und meinen, die Zeitung wirklich ansprechend und interessant gestaltet zu haben und damit den Preis rechtfertigen zu können. Also, nicht sauer sein und weiter Wendblatt lesen oder vielleicht sogar mitarbeiten.

Haß ist...

...sie anzukokeln,
wenn es auch ein
Fußtritt tun würde.

Blaumeise

UNSER HEITERES SUCHBILD



Wieviel Fehler verbergen sich in Bild B?

ATELIER
EUROPA
DESIGN

3131 Waddewitz 1

05849 468